

Auf dem letzten Bundestreffen der Sozialen Bündnisse und Protestinitiativen gab es einige Beschlüsse:

- ein Arbeitstreffen sollte am 11.6. in Berlin stattfinden,
- dort sollte eine Kampagnenplanung, eventuell unter veränderten Bedingungen konkretisiert werden,
- das Ergebnis der Redaktion des Rahmenpapiers für die programmatischen Forderungen und untersetzenden Handlungsansätze vorgestellt und abschließend diskutiert werden,
- der Ort für das nächste bundesweite Treffen beschlossen werden.

Das Treffen fand in Berlin entsprechend der Beschlusslage statt. Die Einladung war zum Leipziger Kontaktbüro geschickt, Thomas Rudolph telefonisch verständigt, sie wurde dann aber nicht über den Mailverteiler geschickt.

Anwesend waren: Renate (Kassel), Edgar (Göttingen), Rainer, Roland, Hinrich, Petra, (MoMo-Gruppe Berlin), Peter Schrott (ver.di Berlin), Peter Grottian, Judith, Ann (Initiative für ein Sozialforum); dazugekommen: Hans-Andreas, Sebastian (Kuratorium Haus der Demokratie und Menschenrechte), Anne (Anders Arbeiten), Klaus, Jürgen (Friedenskoordination), Micha (Initiative Soziales Berlin), Tim (ALB), Luigi (WASG Berlin), Andrea (MoMo),

Das Treffen fand von 13 – 17 Uhr im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin statt. In folgender Reihenfolge wurde diskutiert und teilweise Beschlüsse gefasst:

1. Wegen der Anwesenheit eines Autors des MLPD-nahen Bündnisses in Berlin kam von Rainer der Antrag, den ersten Tagesordnungspunkt „Probleme in der Zusammenarbeit und Einladungs politik“ nicht öffentlich zu diskutieren.
2. "2. Diskussion um einen Aktionstag der sozialen Protestbewegung um den Wahlparteitag der SPD, bzw. **wie können wir aus eigener Kraft Forderungen in die Öffentlichkeit bringen?**"
3. Beschluss für das nächste bundesweite Treffen und Entwurf einer Tagesordnung.

Zu 1. Interne Probleme

- Rainer berichtete noch einmal von den Beschlüssen des letzten bundesweiten Treffens (siehe oben). Problematisch ist, dass der explizite Beschluss nicht umgesetzt wurde: es wurde kein Protokoll herumgeschickt, in dem noch einmal auf die Ein-Euro-Kampagne hingewiesen werden sollte. Die Redaktionsgruppe zu dem beschlossenen Rahmenpapier konnte nicht arbeiten, weil das Papier nicht herumgeschickt wurde. Das Problem hat sich mit der Einladung wiederholt. Der Mailverteiler wurde zwar in Leipzig mit viel Arbeit zusammengestellt, ist aber eine Dienstleistung für den Bewegungszusammenhang und keine lokale Verfügungsmasse. Eine eigenständige Verschickung ist über die eingerichtete Seite soziale-bewegung.de nicht möglich und eigentlich auch nicht sinnvoll (wozu haben wir eine Arbeitsteilung?).
- Am Freitag kam noch eine telefonische Anfrage aus Magdeburg. Am Telefon wurde etwas verunsichert nachgefragt, ob das Treffen stattfinden würde und dass sie deshalb telefonisch in Leipzig nachgefragt hätten? Michaela hätte dort am Telefon erklärt, das wäre „nur“ ein Berliner Treffen. Da Thomas mir am Telefon erklärt hatte, dass ver.di-Sachsen gerade überlegt, am 30.8. zum SPD-Aktionstag zu organisieren, sollte eigentlich klar sein, dass so ein Aktionstag keine reine Gewerkschaftsveranstaltung sein kann, dass die Veranstaltung nur dann glaubwürdig sein wird, wenn sie von den sozialen Bewegungszusammenhängen so etwas

mittragen und wenn so etwas in Berlin konkret vor Ort organisiert wird. Das Arbeitstreffen ist die Chance einer Zusammenführung.

- Edgar stellt fest, dass sich das gleiche Problem wiederholt, wie bei der Einladung zum Göttinger Treffen. Der Mailverteiler wird nicht dienstleistend für den gesamten Protestzusammenhang der Bündnisse genutzt, sondern nur entsprechend der Intentionen von Thomas. Rainer verstärkt noch einmal die Kritik: entgegen den getroffenen Beschlüssen und nach der versuchten Klärung aller möglichen Missverständnisse und Widersprüche findet die gleiche Informationspolitik statt. Das Rahmenpapier war bis auf eine Ausnahme von den Menschen auf dem letzten Treffen mitgetragen, das Treffen in Berlin eine Beschlussgrundlage. Es gab nichts, was das Nichtversenden inhaltlich rechtfertigt. Selbst wenn es Probleme gegeben hätte, dann kann das keine Entscheidung von Michaela, oder genauer formuliert von Thomas sein.
- Renate bemerkt zu dem Thema, dass bei ihr über den Mailverteiler Wahlkampfmaterial der WASG verschickt wird. Alle Anwesenden waren sich einig, die sozialen Bewegungszusammenhänge sollten ihre Eigenständigkeit bewahren.
- Peter Grottian schlägt vor, den Mailverteiler über wenigstens eine weitere Stadt zu organisieren, trotz der unverständlichen Differenzen den Bewegungszusammenhang aufrecht zu erhalten. Wir sollten noch einmal offensiv zum nächsten Bundestreffen einladen und dazu ein politisches Projekt vorbereiten.
- Renate erklärt sich bereit, über den DGB-Rechner die Mailverteilung zu übernehmen. Edgar wird gegebenenfalls die Fragmente der alten Verteiler aufbereiten.

Beschluss: (1) Dem Leipziger Büro sollte mitgeteilt werden, dass auf dem Arbeitstreffen beschlossen wurde, den Mailverteiler auch in Kassel einzurichten. Sollte der Mailverteiler nicht übergeben werden, dann muss halt ein neuer aufgebaut werden. (2) Auf dem nächsten Treffen muss eine Koordinierungsgruppe legitimiert werden, über die entschieden wird, was als Dienstleistung für den Bewegungszusammenhang verschickt werden soll.

Zu 2.: Aktionstag der sozialen Opposition

- Rainer stellt einleitend fest: durch die angestrebten Neuwahlen müssen die sozialen Bewegungsansätze sich neu ausrichten und in das Wahlkampftheater mit eigenen Forderungen eingreifen. Es gibt den Aufruf von Bernd Rixinger (ver.di Stuttgart), den **Termin des Wahlparteitages der SPD** umzufunktionalisieren und ihn zum Protesttag der Sozialen Opposition zu machen.
- Peter Schrott erklärt auf Nachfrage, ihm sei eine solche gewerkschaftliche Initiative nicht bekannt.
- Judith berichtet von der Vorbereitung zum bundesweiten Sozialforum in Erfurt. Mehrere Initiativen haben den Vorschlag eines sozialen Aktionstages begrüßt, plädieren aber für **Samstag den 3.9.** Es wird bezweifelt, dass an einem Dienstag große Aktionen dezentral stattfinden können und auch eine Großdemonstration in Berlin wäre fragwürdig. Ein eigenständiger Aktionstag wäre auch nicht inhaltlich an die SPD gebunden. Bei dem Treffen der Sozialen Bewegung in Erfurt könnte ein solcher Aufruf beschlossen werden.
- Sebastian erklärt, in einer Mediengesellschaft werden die sozialen Bewegungszusammenhänge bei einem solchen Ereignis eher ein Berichterstattungs-Thema, als bei einer eigenständigen Aktion.
- Peter Grottian und Edgar stellen noch einmal die Idee einer anderen Form der Demonstration vor: Betroffene demonstrieren mit Schilden, auf denen sie erklären, welche Erwerbs-Arbeit, zu welchen Bedingungen sie haben wollen. Es gäbe genügend gesellschaftlich sinnvolle und wichtige Tätigkeiten in einem non-profit-

sektor. Individuelle Vorstellungen ließen sich so mit den programmatischen Forderungen (Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn...) verbinden.

- Roland schlägt vor, beide Ansätze zu verbinden: am 30.8. sollte es eine regional getragene Protestaktion in Berlin geben, um dann an dem zu beschließenden Aktionstag dezentrale Aktionen in den einzelnen Regionalbündnissen umzusetzen.
- Es gab die Überlegung einen Aktionstag eine Woche nach hinten, auf den 3.9. zu verschieben. Peter Schrott erinnert daran, dass an diesem Wochenende in Berlin traditionell ein Aktionstag der Friedensbewegung stattfindet und wahrscheinlich auch das Problem einer NPD-Aktion besteht.
- Judith schlägt vor, das Montagsdemonstrationsbündnis sollte doch sein Treffen zum Sozialforum in Erfurt verlegen.
- Edgar erklärt: eine Eigenständigkeit des bundesweiten Treffens ist wichtig. Rainer macht den Vorschlag, wie geplant für das bundesweite Treffen einzuladen und dort über ein Arbeitstreffen im Rahmen des Sozialforums zu beschließen.

Beschlüsse: (3) Das bundesweite Treffen soll wie geplant stattfinden. Dort wird der Vorschlag unterbreitet, zu einem Arbeitstreffen im Rahmen des Erfurter Sozialforums einzuladen und die Initiative für einen Aktionstag der sozialen Proteste mitzutragen. (3) In Berlin soll zum Wahlparteitag der SPD möglichst eine regional getragene Aktion stattfinden, die sich von den üblichen Demonstrationen abheben und eigene Forderungen überbringen sollte. (4) An einem dezentralen Aktionstag wäre es sinnvoll, wenn sich die sozialen Bewegungszusammenhänge zurückmelden würden, um mit Demonstrationen und Aktionen ein unübersehbares Bild in den Medien zu hinterlassen.

Zu 3. nächstes bundesweites Treffen

- Renate berichtet: für das Treffen könnten die Räume in Kassel genutzt werden. Sie hätte sie schon beantragt.
- Rainer erklärt: rein formal sollte auf diesem Arbeitstreffen der Ort für das folgende Treffen beschlossen werden und wir sollten dies jetzt zusammen mit einer Tagesordnung tun.
- Peter rät, eher ein verbindendes Projekt in den Vordergrund zu stellen und nicht die Auseinandersetzung um den Mailverteiler und die Informationsselektion. Wir brauchen einen Aufbruch und keine selbstorganisierte Frustration.
- Es wird vorgeschlagen einen Einladungstext, eine Tagesordnung und dieses Protokoll, sowie den Rahmentext für die Forderungen und Kampagnenplanungen möglichst gleichberechtigt in dem Kreis des letzten Bundestreffens herumzuschicken und Änderungswünsche möglichst innerhalb der Woche der Verschickung (22.6.) zurück zu mailen. **Sollte diese Einladung wieder nicht verschickt werden, dann werden wir dies am 26.6.05 eigenständig tun.**

Beschlüsse: (5) Das nächste reguläre Treffen findet in Kassel statt. Das Einladungsschreiben und die Tagesordnung werden als Entwurf herumgeschickt. Änderungswünsche sollten in der Woche der Verschickung erklärt werden. (6) Sollte die Einladung bis zum 26.6.05 wieder nicht verschickt werden, dann wird das eigenständig über einen aufzubauenden Verteiler in Kassel geschehen.